

Die Europäische Nachbarschaftspolitik – »Der Tragödie erster Teil«

Aus europäischen und amerikanischen Fachzeitschriften,
2. Halbjahr 2006/1. Halbjahr 2007
Annegret Bendiek / Timothy Röhrig

Kann die EU für »Stabilität, Sicherheit und Wohlstand« im Nachbarschaftsraum sorgen, ohne den Partnern eine konkrete Beitrittsperspektive anzubieten? Die Antworten der politikbegleitenden Forschung zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) sind abstrakt und ohne prägnante Aussage. Die Fachbeiträge kritisieren zwar die aus der Erweiterungspolitik resultierende Pfadabhängigkeit der ENP, folgen aber argumentativ weiterhin dem Leitbild »Erweiterung ›light««. Konzeptionelle Entwürfe für eine Außenpolitik jenseits der Erweiterungslogik und des ihr zugrundeliegenden Glaubens daran, dass die EU die ENP-Staaten zu modernisieren vermag, bleiben ein Desiderat.

Nach der letzten EU-Erweiterung im Mai 2004 und der in ihrem Gefolge veränderten geopolitischen Lage rief die EU die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) ins Leben. Sie ist auf die am Rande der EU gelegenen Länder ausgerichtet: die Ukraine, Belarus und Moldova, im südlichen Kaukasus Armenien, Aserbaidschan und Georgien sowie die Mittelmeerränder Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Israel, die Palästinensische Autonomiebehörde, Jordanien, Libanon und Syrien. Das aus der Erweiterungspolitik bekannte Modernisierungsparadigma »Stabilität, Sicherheit und Wohlstand« soll nunmehr in den ENP-Staaten zur Wirkung kommen. Die Vollmitgliedschaft in der Union ist dabei kein erklärtes Politikziel

und in absehbarer Zeit auch nicht zu erwarten. Die jüngsten Fachbeiträge kritisieren zwar die Übertragung der Erweiterungslogik auf die ENP, die Modernisierungskraft der EU *qua* Konditionalität und Sozialisation wird jedoch nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Der wissenschaftliche Diskurs über die ENP spiegelt vereinfachend gesprochen die Substanzprobleme der Politik wider. Die eigentliche Frage, wie Kooperation im Nachbarschaftsraum jenseits der Beitrittsperspektive entstehen soll, bleibt unbeantwortet. Nicht zuletzt ist zu fragen, ob die Nachbarn der Zielvorstellung europäischer Nachbarschaftspolitik folgen wollen und können.

Maxime Lefèbvre, Professor für Internationale Beziehungen in Lille und Paris,

diskutiert auf der Folie der aktuellen Entwicklung der ENP in der *Revue du marché commun et de l'Union européenne* die Kommissionsvorschläge von Anfang Dezember 2006. Die Kommission legte einen allgemeinen und sektorspezifischen Fortschrittsbericht zur Umsetzung der ENP sowie länderspezifische Berichte über sieben ENP-Partner vor (Ukraine, Moldova, Israel, Jordanien, Marokko, Tunesien und die Palästinensische Autonomiebehörde), deren Aktionspläne im Jahr 2005 in Kraft traten. Zusammen mit der Bewertung der Ergebnisse der ersten 18 Monate ENP-Implementierung unterbreitete die Kommission konkrete Vorschläge zur »Stärkung« der ENP. Die Kommissionsvorschläge bieten zwar, so Lefèbvre, Neuausrichtungen in Bezug auf die regionale Konfliktbewältigung und multilaterale Zusammenarbeit. Es sei jedoch kein Rezept gefunden worden, wie sich das anvisierte Ziel einer Stärkung der ENP erreichen lasse. Nach Ansicht des Autors ist für die Weiterentwicklung der ENP entscheidend, dass die innere Spaltung der EU in eine südlich orientierte Fraktion mit Frankreich, Italien und Spanien und eine nordöstlich orientierte Fraktion mit Deutschland und Polen überwunden und dass die Beziehungen zwischen den östlichen Nachbarn und Russland verbessert werden. Hierfür sei der Widerspruch zwischen einer länderspezifischen Differenzierung und der Bewahrung des einheitlichen Nachbarschaftskonzepts aufzulösen.

Michaela Dodini (Generaldirektion [GD] Handel) und **Marco Fantini** (GD Steuern und Zollunion) antizipieren im *Journal of Common Market Studies* die möglichen Auswirkungen einer erfolgreichen ENP auf das ökonomische Wachstum der Gesamtregion. Drei Faktoren seien für das Wachstum in der Region entscheidend: die strukturellen Reformen, die Verbesserung der makroökonomischen Bedingungen und der Abbau von Handelshemmnissen. Übertragen auf die vier Freiheiten des Binnenmarktes (Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr) zeichneten sich folgende Tendenzen ab:

1. Aufgrund hoher Zölle und des großen Anteils am Bruttoinlandsprodukt der Nachbarländer komme dem Agrarsektor eine besonders große Bedeutung zu. Ein Abbau der Handelsschranken könne den Export in die EU stimulieren, sofern die notwendigen »sanitären« EU-Standards implementiert würden.

2. Obwohl nur wenige Dienstleistungen gehandelt werden könnten, versprächen Handelsliberalisierungen für diesen Sektor signifikante Vorteile. Stärkerer Wettbewerb würde den Druck zu beidseitiger Anpassung erhöhen und somit vor allem den traditionell in dieser Hinsicht mit Mängeln behafteten Dienstleistungssektoren der ENP-Staaten zu mehr Effizienz verhelfen. Jedoch herrschten nach wie vor massive nationalstaatliche Vorbehalte in der EU gegenüber einer Liberalisierung insbesondere der Finanzmärkte.

3. Die Herstellung eines freien Kapitalverkehrs setze eine nachhaltige Währungs- und Fiskalpolitik in den ENP-Staaten voraus. Bei uneinheitlichen Standards könnten ausländische Investitionen und ein Technologietransfer in die ENP-Staaten behindert werden.

4. Die Freizügigkeit von Arbeitnehmern könnte in Zeiten gegenläufiger demographischer Entwicklungen in EU- und (vor allem den südlichen) ENP-Staaten zwar zu einer bedarfsorientierten Verteilung von Arbeitskräften führen. Migrationspolitische Souveränitätsvorbehalte seitens der Mitgliedstaaten würden den Handlungsspielraum der EU jedoch stark einengen.

Abschließend stellen die Autoren zwei Hauptrisiken der ENP heraus: Eine handelspolitische Überregulierung in den ENP-Staaten könnte deren Volkswirtschaften regelrecht »abwürgen« und eine schnelle Öffnung der Märkte den Binnenmarkt schwächen. Eine Alternative zur ökonomischen Modernisierung dieser Länder durch die EU wird jedoch nicht geboten. Die Argumentation folgt somit der Logik einer asymmetrischen Kooperationsbeziehung zwischen EU und ENP-Staaten, wie sie aus der Erweiterungspolitik bekannt ist.

Pfadabhängigkeit der ENP

Die Übertragung von Instrumenten der Erweiterungspolitik auf die ENP – im Sinne einer inhaltlichen und institutionellen pfadabhängigen Entwicklung europäischer Politik – wird in der Literatur zur ENP kritisch beurteilt. Gleichzeitig folgt die Argumentation in den Beiträgen der Vorstellung einer »Erweiterung *light*«, obwohl die ENP mittelfristig eine Beitrittsperspektive ausschließt. Der Glaube, dass die ENP-Staaten durch die EU modernisiert werden könnten, ist insofern nicht nur in der Politik, sondern auch in der begleitenden Forschung fest verankert. Die Pfadabhängigkeit europäischer Politik spiegelt sich auch in den Karrieren des Kommissionspersonals wider: Angestellte, die für die Generaldirektion Erweiterung gearbeitet haben, sind nunmehr zuständig für die ENP.

Eneko Landaburu, Generaldirektor der GD Außenbeziehungen und ehemaliger Generaldirektor der GD Erweiterung, spricht sich in der Zeitschrift *Insight Turkey* ebenfalls für das Modernisierungsparadigma als Leitmodell der ENP aus, das bereits der Erweiterungspolitik zugrunde lag. Landaburu lehnt eine erweiterungspolitische Perspektive für die ENP als nicht zielführend ab. Gleichwohl hält er die Adaption des Konditionalitätsprinzips für sinnvoll. Er charakterisiert daher die ENP als einen auf gemeinsamen Werten aufbauenden kumulativen Prozess (*virtuous circle*). Das Wechselspiel aus Anreizen (zum Beispiel Binnenmarktöffnung, Beteiligung an EU-Programmen) und politischen Reformen in den ENP-Staaten setze sich dabei automatisch in Gang. Ohne die Modernisierungskraft der EU in Zweifel zu ziehen und nach Risiken der Konditionalität zu fragen, spricht sich Landaburu für die sogenannte Externalisierung von EU-Binnenpolitiken (Übertragung von Politiken aus dem Binnenmarkt auf die Nachbarländer) als modernen und ganzheitlichen diplomatischen Ansatz aus.

Judith Kelley von der Duke University in Durham, North Carolina, richtet den Fokus

in ihrem Artikel im *Journal of Common Market Studies* auf die institutionelle Pfadabhängigkeit der ENP. Um den drohenden Kompetenzverlust nach den Erweiterungsrounds 2004 und 2007 abzuwehren, habe die Kommission Instrumente der Erweiterung kopiert und adaptiert. Das strenge Konditionalitätsprinzip der Erweiterung sei dabei jedoch aufgeweicht worden: Anstelle von *benchmarks* (Zielmarken) stünden bei der ENP nunmehr *incentives* (Anreize für die Kooperation) im Vordergrund. Die ENP-Jahresberichte würden nach dem Prinzip des *shaming-and-praising* eine Vergleichbarkeit herstellen, die den Reformdruck erhöhen könnte. Gleichzeitig lasteten die Misserfolge des Barcelona-Prozesses als schwere Hypothek auf der ENP. Im Hinblick auf die südliche Dimension der ENP problematisiert die Autorin die externe Demokratisierung der ENP-Staaten seitens der EU. Das Aufbrechen autoritärer Regierungsstrukturen in nordafrikanischen Staaten könne den islamistischen Kräften Aufwind geben. Infolgedessen seien die negativen Folgen für die Sicherheit der EU größer als die Chancen einer demokratischen Stabilisierung dieser Länder. Etwas besser gestalteteten sich die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn, da die EU durch Aussetzung des politischen Dialogs mit Belarus und durch Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure ein glaubwürdiges Konditionalitätsprofil gewonnen habe. Es gelte jedoch herauszufinden, wie die Balance zwischen Konditionalität und Sozialisation gewahrt werden könne. Dabei sei zu klären, wann sich die EU bei Demokratie- und Menschenrechtsverletzungen im Nachbarnschaftsraum einmischen und wann sie sich neutral verhalten sollte. Ein Missverhältnis zwischen Nichteinmischung und Engagement seitens der EU wirke sich negativ auf deren Glaubwürdigkeit aus.

Amichai Magen, Fellow und Rabin Fulbright Scholar an der Stanford Law School, analysiert in der renommierten amerikanischen Fachzeitschrift *Columbia Journal of European Law* die inhaltlich-normativen Schwächen der Pfadabhängigkeit und der

Konditionalität. Es könne sein, dass die Replikation alter Modelle nicht genüge, um die Ziele der Nachbarschaftspolitik zu erreichen. So seien die Konditionalitätsprinzipien gegenüber wenig entwickelten und autokratischen Nachbarstaaten nicht durchzusetzen. Die politischen und ökonomischen Standards der ENP-Partner rangierten im Vergleich zu den Beitrittsländern der Vergangenheit auf einem niedrigeren Niveau. Die rechtliche und institutionelle Spezifizierung von Prioritäten, Normen und Regeln der ENP sei daher notwendig, um die Anreize für Kooperation zu erhöhen. Die inhaltlich-normativen Unschärfen unterminierten nicht nur die Möglichkeiten der Anwendung von Konditionalität, sondern auch die Glaubwürdigkeit der EU als *soft power*. Ein Blick in die ENP-Aktionspläne verrate nicht zuletzt, dass die EU weitestgehend eine interessent statt einer wertebasierte Nachbarschaftspolitik zum Ziel hat. Die EU benötige daher rechtliche und institutionelle Alternativen zur Konditionalitätspolitik.

Alternative Modelle – »Die Botschaft hör ich wohl...«

Da die pfadabhängige Entwicklung der ENP institutionell, inhaltlich und politisch problematisch erscheint, entwickeln manche Autoren vermeintliche Alternativen zur ENP. Allerdings werden diese Alternativen dem Anspruch eines »ganzheitlichen« ENP-Entwurfs, der über die Erweiterungs- und Modernisierungslogik hinausweist, nicht gerecht. Die Politikansätze umfassten bisher allein Ideen einer zeitlich, thematisch und geographisch begrenzten Kooperationsbeziehung mit den Nachbarn, einer stärkeren inhaltlichen Rückbindung an die klassische Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer Intensivierung der regionalen Kooperation.

Barbara Lippert, stellvertretende Direktorin des Instituts für Europäische Politik in Berlin, konzipiert in ihrem Beitrag im *International Spectator* ein neues Assoziie-

rungsinstrument für die sechs osteuropäischen ENP-Staaten (Aserbaidschan, Armenien, Belarus, Georgien, Moldova, Ukraine). Die Assoziierung zielt auf Modernisierung und Stabilisierung dieser Länder ab. Sie solle eine Form zwischen der ökonomischen Integration im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsraumes (bestehend aus den EU-Mitgliedstaaten plus Island, Liechtenstein und Norwegen) und den euro-mediterranen Assoziierungen annehmen. Darüber hinaus solle der neue Assoziierungstyp breiter angelegt sein als die bisherigen Partnerschaftsabkommen (PKA), jedoch weniger ambitionierte Ziele verfolgen als die Europaabkommen, die zuvor mit Beitrittsländern abgeschlossen worden sind. Als institutionalisiertes Forum für die solcherart assoziierten Staaten solle eine an die Idee des Europaabgeordneten Klaus Hänsch angelehnte »Gesamteuropäische Aufgabenkonföderation« mit der EU und den östlichen ENP-Staaten aufgebaut werden, die schrittweise zu einer politischen Gemeinschaft zu erweitern sei. Die Aufgabenkonföderation diene dazu, Themen wie Energiesicherheit, Infrastruktur, Good Governance sowie Migration übergreifend und multilateral zu behandeln und nach festzulegenden Verfahren auch gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Darüber hinaus solle sie eine starke parlamentarische Komponente haben. Wie die südliche Dimension angesichts eines anerkanntermaßen unwirksamen Barcelona-Prozesses gestärkt werden soll, lässt Lippert offen. Der Zuschnitt der gesamteuropäischen Aufgabenkonföderation folgt damit einer regionalen Präferenz, die die Einheitlichkeit des Nachbarschaftskonzepts bewusst aufzubrechen versucht.

Marius Vahl, EFTA-Experte für den Lissabon-Prozess, und **Sergiu Celac**, rumänischer Diplomat und stellvertretender Generaldirektor des *International Centre for Black Sea Studies* in Athen, plädieren für eine geopolitische Neuausrichtung der ENP, die auf eine stärkere regionale Zusammenarbeit abzielt. Ein ausschließlich bilateraler Zuschnitt der ENP böte machtpolitische Vor-

teile allein für die EU und widerspreche dem Prinzip des effektiven Multilateralismus, wie es in der Europäischen Sicherheitsstrategie verankert sei. Nicht zuletzt heize die bilaterale Kooperation den ökonomischen Wettstreit in der Nachbarschaft an und verursache unter Umständen handelspolitische Verzerrungen. Aufgrund ihrer strategischen Lage und der Mitgliederstruktur (Griechenland, Rumänien, Bulgarien, fünf der sechs östlichen ENP-Staaten, Serbien, Türkei und Russland) eigne sich die *Black Sea Economic Cooperation* (BSEC) besonders gut für eine regionale Zusammenarbeit. Die drei in der Region verfügbaren Instrumente (Erweiterung, ENP und die Gemeinsamen Vier Räume mit Russland) reichten nicht aus, um die Herausforderungen einer inzwischen an das Schwarze Meer grenzenden EU zu meistern. Fortwährende Inaktivität in dieser Region berge angesichts der dort zu erledigenden sicherheits-, energie-, migrations- und umweltpolitischen Aufgaben weitreichende »Gefahren« für die EU.

Auch die zahlreichen Artikel des Sonderheftes »Inklusion, Exklusion, Illusion. Konturen Europas: Die EU und ihre Nachbarn« der Zeitschrift *Osteuropa* favorisieren wie die Regionalforscher Vahl und Celac eine regionale Ausdifferenzierung der ENP. In diesem Konzept wird eine Art Kompensation für den Mangel an substantiellen langfristigen Vorteilen für die Partnerländer gesehen. Die geringen Anreize seien ein entscheidender Konstruktionsfehler der ENP, der die Zielsetzungen der EU unterminiere und damit die Transformationswirkung auf die Nachbarschaft begrenze. Vorteile einer regional orientierten EU-Politik werden herausgestellt, ohne dass erklärt würde, wie eine solche Politik ohne Beitrittsanreiz eine intensivere Kooperation befördern kann. Bei einer Regionalisierung der ENP in der östlichen Dimension besteht die Gefahr, dass die Fehler der regionalen Zusammenarbeit, wie sie im Barcelona-Prozess erkennbar wurden, in der ENP wiederholt werden.

Trotz dieser Mängel bietet das Sonderheft interessante umfassende Analysen zu den einzelnen Handlungsfeldern wie der Energie- oder der Visapolitik.

Kirsten Westphal, Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen, weist überzeugend nach, wie der Wettbewerb im Energiesektor bereits innerhalb der EU an die von nationalen Souveränitätsansprüchen gezogenen Grenzen stößt. Eine Energie-Kooperation in der ENP sei insofern als eher langwieriger, aber gleichwohl wichtiger Bestandteil einer im Entstehen begriffenen Energieaußenpolitik der EU zu werten. **Anita Szymborska**, Stefan-Batory-Stiftung in Warschau, zeigt auf, wie die neuen EU-Mitgliedstaaten – allen voran Polen – mittelbar durch die ENP unter Handlungsdruck geraten. So müssen sie beispielsweise ihre bis dahin liberale Visapolitik gegenüber ihren östlichen Nachbarn an die restriktivere Schengen-Gesetzgebung anpassen.

Wilhelm Knelangen, Akademischer Rat im Bereich Politikwissenschaft des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Kiel, sieht das Problem im innen- und justizpolitischen Handlungsfeld der ENP darin, dass sich Zielkonflikte zwischen dem sicherheitspolitisch motivierten Kooperationsinteresse und der Vorgabe rechtsstaatlicher Reformen ergeben. Nach dem Resümee des Autors erscheint es fraglich, ob der Transformationshebel der Konditionalität im Fall der Nachbarn überhaupt eine Wirkung entfalten könne.

Jenseits der Konditionalität – »... allein mir fehlt der Glaube«

Alternative Politikmodelle, die die aus der Erweiterungspolitik bekannte, auf Konditionalität und EU-Sozialisation fokussierte Modernisierungslogik umgehen und die Einheitlichkeit des Nachbarschaftskonzepts bewahren, stellen die Ausnahme dar.

Roland Dannreuther, School of Social and Political Studies der Edinburgh University, schreibt in der *European Foreign*

Affairs Review, dass eine Rekontextualisierung der ENP unter Einbeziehung der Europäischen Sicherheitsstrategie notwendig sei. Der ENP im Sinne einer »Erweiterung light« stehe nämlich in den Mitgliedstaaten eine konservative Grundhaltung entgegen, die das Interesse an Sicherheit in der unmittelbaren Nachbarschaft und an Sicherheit der EU ins Zentrum stelle. Deshalb müsse die ENP stärker im Sinne klassischer Außenpolitik konzipiert werden. Es bedürfe einer ENP, die sich deutlicher an den vielfältigen Sicherheitsinteressen der EU orientiere, wie sie in der Europäischen Sicherheitsstrategie artikuliert seien. Die visionäre und innovative Grundidee der ENP, einen gemeinsamen und einheitlichen Ansatz für die Politik gegenüber den Nachbarn zu schaffen, biete einen gewissen Mehrwert. Die Programmatik der ENP sei jedoch insgesamt daraufhin zu überprüfen, ob sie den internen und externen sicherheitspolitischen Herausforderungen der EU entspreche. Diese auf die Außen- und Sicherheitspolitik fokussierte Rekontextualisierung sei der erste Schritt auf dem Weg zu einer ENP, die nicht auf die Modernisierungs- und Sozialisationskraft der EU setze. Dannreuther gibt keinerlei Hinweise, wie das Interesse der Staaten an einer derartig reformulierten ENP geweckt werden kann. Darüber hinaussehend ist zu fragen, wie das auswärtige Handeln der EU gestaltet sein muss, um den Interessen der EU, den einzelnen Mitgliedstaaten und den Partnern in der Nachbarschaftspolitik besser dienen zu können. Wie also kann Kooperation in der ENP jenseits von Zwang und einer Konditionalitätspolitik im Sinne der »Erweiterung light« entstehen?

Zwei Lehren

Nach fast drei Jahren ENP und politikbegleitender Forschung ist die erste Phase der ENP abgeschlossen. Aus dieser »tragischen« Phase sind für die Weiterentwicklung der ENP zwei Lehren zu ziehen:

Die erste Lehre ist, dass die politikbegleitende Forschung nicht die Fehler der Nachbarschaftspolitik wiederholen sollte. Die ENP neigt dazu, die Logiken der Erweiterungspolitik im Sinne einer pfadabhängigen Entwicklung europäischer Politik zu replizieren. Die Erweiterungspolitik lässt sich aber ohne Beitrittsperspektive nicht auf die Nachbarschaftspolitik übertragen. Trotz dieser Erkenntnis folgt die ENP-Forschung in ihrer Argumentation weiterhin unbeirrbar der Logik einer »Erweiterung light«. Das ist ein Widerspruch in sich.

Die zweite Lehre leitet sich unmittelbar aus der ersten ab: Kooperation kann in der ENP nur auf der Basis von Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe zwischen der EU und den ENP-Ländern und eben nicht durch Zwang und positive Konditionalität entstehen. Diese Erkenntnis gilt es in der ENP und in der politikbegleitenden Forschung politisch und konzeptionell zum Tragen zu bringen.

Hieraus folgt für die künftige Forschungsagenda, dass Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsverfahren in der Nachbarschaftspolitik der EU in Abstimmung mit den ENP-Staaten zu definieren sind. Wenn sie keine Beitrittsperspektive anbietet, verfügt die EU auch über kein Mittel mehr, um die normativen und institutionellen Bedingungen der Zusammenarbeit im Nachbarschaftsraum beispielsweise in der Energieversorgung oder der Handels- und Migrationspolitik allein zu bestimmen. Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsmodi bilden das Grundgerüst einer gemeinsamen Regimekonstruktion, mit deren Hilfe Gruppen- und Gruppen-Druck unter den Kooperationspartnern erzeugt werden kann, der die ENP voranzutreiben vermag. Ein ENP-Regime in der Form einer freiwilligen Handlungskoordination ist dann möglich, wenn es alle ENP-Partner besser stellt als in einem regimefreien Zustand. Viele Interessen der ENP-Partner werden immer im Widerspruch zu den Werten und zum Modernisierungsverständnis der EU stehen. Gemeinsame Interessen in der ENP können daher nur

das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses zwischen der EU und den ENP-Staaten sein.

Die politiknahe ENP-Forschung muss über den hier frei nach Goethe zitierten Sinnspruch hinausgelangen, nach dem das Wunder (der Stabilität, der Sicherheit und des Wohlstandes) des Glaubens (an die Modernisierung *qua* Konditionalität) liebstes Kind ist.

Besprochene Artikel

- Dannreuther, Roland**, »Developing the Alternative to Enlargement: the European Neighbourhood Policy«, in: *European Foreign Affairs Review* (London), 11 (Sommer 2006) 2, S. 183–201
- Dodini, Michaela/Fantini, Marco**, »The EU Neighbourhood Policy: Implications for Economic Growth and Stability«, in: *Journal of Common Market Studies* (Oxford), 44 (September 2006) 3, S. 507–532
- »Inklusion, Exklusion, Illusion. Konturen Europas: Die EU und ihre Nachbarn«, Sonderheft der Zeitschrift *Osteuropa* (Berlin), 57 (Februar/März 2007) 2–3
- Kelley, Judith**, »New Wine in Old Wine-skins: Promoting Political Reforms through the New European Neighbourhood Policy«, in: *Journal of Common Market Studies* (Oxford), 44 (März 2006) 1, S. 29–55
- Knelangen, Wilhelm**, »Nachbarn in Sicherheit, Freiheit und Recht? Inneres und Justiz: Ambivalenzen der ENP«, in: Sonderheft der Zeitschrift *Osteuropa*, 57 (Februar/März 2007) 2–3, S. 257–272
- Landaburu, Eneko**, »From Neighbourhood to Integration Policy: Are There Concrete Alternatives to Enlargement?«, in: *Insight Turkey* (Ankara), 8 (Januar–März 2006) 1, S. 51–55
- Lefèbvre, Maxime**, »La politique de voisinage: nouveau départ pour une ambition géopolitique«, in: *Revue du marché commun et de l'Union européenne* (Paris), (Januar 2007) 504, S. 22–26

- Lippert, Barbara**, »Beefing up the ENP: Towards a Modernisation and Stability Partnership«, in: *The International Spectator* (Rom), (2006) 4, S. 85–100
- Magen, Amichai**, »The Shadow of Enlargement: Can the European Neighbourhood Policy Achieve Compliance?«, in: *Columbia Journal of European Law* (New York), 12 (Frühjahr 2006) 2, S. 383–427
- Szyborska, Anita**, »Freundliche EU-Grenze. Anspruch und Realität der EU-Visa-politik«, in: Sonderheft der Zeitschrift *Osteuropa*, 57 (Februar/März 2007) 2–3, S. 273–283
- Vahl, Marius/Celac, Sergiu**, »Ready for a Breakthrough: Elements for a European Union Strategy towards the Black Sea Region«, in: *Southeast European and Black Sea Studies* (Abingdon, Oxfordshire), 6 (Juni 2006) 2, S. 169–191
- Westphal, Kirsten**, »Liberalisiert, monopolisiert, fixiert. Antinomien des Energiemarkts in Europa«, in: Sonderheft der Zeitschrift *Osteuropa*, 57 (Februar/März 2007) 2–3, S. 241–255

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380